

Abend vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Verlag: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
1082 Wien, Telefon 42 800/2971 (Durchwahl), Telex 133240, Chefredakteur: Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien,  
Schriftart: Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 21. Mai 1987

Blatt 1072

## Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

### Politik:

Mayr/Hatzl: Unfaßbare Vorgangsweise gegenüber Wien (1073/FS: 20.5.)

### Kommunal/Lokal:

Sperre von Wildbadeplätzen am Mühlwasser (1074/FS: 20.5.)

Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke (1076-1079)

Rechnungsabschluß 1986: Investitionen plus 19 Prozent (1080/1081)

300. Kindertagesheim der Stadt Wien eröffnet (1082)

497 Millionen Schilling für neuen Gemeindebau beschlossen (1083)

Familienfreundlichere Regelung beim Eigenmittlersatzdarlehen (1084)

Sitzung des Landtages und des Gemeinderates (1085)

Neuer Vorstand der Radiologie im Floridsdorfer Krankenhaus (1086)

### Kultur:

8. Österreichisches Blasmusikfest in Wien (1075)

**Mayr/Hatzl: Unfaßbare Vorgangswise gegenüber Wien****Verhandlungen über Wiener E-Werke ohne Wiener Vertreter**

Wien, 20.5. (RK-POLITIK) Als unfaßbare Vorgangswise gegenüber dem Land Wien bezeichneten Vizebürgermeister Hans MAYR und Energiestadtrat Johann HATZL die Zusammensetzung eines parlamentarischen Verhandlungskomitees zur Privatisierung der E-Werke. Bei einer am Mittwoch im Parlament stattfindenden Verhandlungsrunde ist zwar der Generaldirektor der NEWAG, Dr. GRUBER anwesend, der vehement für eine Verstaatlichung der Anlageteile der Wiener E-Werke in Niederösterreich eintritt, ein Vertreter Wiens — sei es ein Mitglied der Wiener Landesregierung, sei es ein Vertreter der Wiener Stadtwerke — wurde jedoch zu diesen Verhandlungen nicht eingeladen. „Wir werden es nicht zulassen, daß womöglich im stillen Kämmerlein die Interessen Wiens auf dem Altar der großen Koalition geopfert werden“, betonten Mayr und Hatzl. Beide Politiker forderten die rasche Beiziehung von Vertretern der Wiener Landesregierung und der Wiener Stadtwerke zu diesen Verhandlungen. (Schluß) sei/bs

Bereits am 20. Mai 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!

## **Sperre von Wildbadeplätze am Mühlwasser**

Wien, 20.5. (RK-KOMMUNAL) Die von der Stadt Wien als Wildbadeplätze angebotenen Gewässer „Mühlwasser beim Schilfweg“ und „Mühlwasser beim Biberhaufenweg“ sind vorläufig zum Baden nicht geeignet. Es wurden daher als Sofortmaßnahme von der MA 49 (Forstamt) Tafeln mit dem Hinweis „Baden verboten“ aufgestellt.

Bei den laufenden Kontrolluntersuchungen der Hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt der MA 15 (Gesundheitsamt) wurden bakteriologische Verunreinigungen festgestellt. Gemäß ÖNORM M 6230 „Anforderungen an die Beschaffenheit natürlicher und künstlicher Gewässer“, sind aus hygienischer Sicht diese Gewässer derzeit zum Baden nicht geeignet. Die Gewässeraufsicht der MA 45 wurde von Stadtrat Helmut BRAUN mit der Untersuchung beauftragt, ob diese Verunreinigungen durch Einleitung von Fäkalien durch Private bzw. andere Mißstände verursacht wurden. (Schluß) end/gg

Bereits am 20. Mai 1987  
über Fernschreiber ausgesendet

## **Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke**

### **Verlust durch Abwertung, Tarifsenkungen und Umweltschutzausgaben**

Wien, 21.5. (RK-KOMMUNAL) Nach den vier positiven Rechnungsabschlüssen der Jahre 1982 bis 1985 mußten die Wiener Stadtwerke im Jahr 1986, trotz der günstigen Entwicklung der Heizöl- und Erdgasbezugpreise, bei einem Gesamtumsatz von rund 17,8 Milliarden Schilling einen Verlust in der Höhe von 392,3 Millionen Schilling in Kauf nehmen. Dies teilte Donnerstag Stadtrat Johann HATZL mit. Hauptursachen für diese Entwicklung sind die gesetzlich bedingte Abwertung der bei den E-Werken und Gaswerken bestehenden Heizöl- und Erdgasvorräte, die drei Senkungen des Gastarifes sowie die Ausgaben für den Umweltschutz bei den E-Werken.

### **Weitergabe der Kostensenkungen**

Der Ölpreisverfall des Jahres 1986 hatte verschiedene Rückwirkungen auf das Kostengefüge der E-Werke und der Gaswerke, wobei allerdings auch weite Bereiche der Kostenentwicklung durch diese Situation völlig unberührt blieben. Die Instandhaltungskosten für Heizöl und Erdgas machen nur etwas mehr als 30 Prozent der Aufwendungen aus, während der weit größere Teil der Aufwendungen, wie zum Beispiel die Personal- und die Instandhaltungskosten von Jahr zu Jahr weiterhin ansteigen. Trotzdem waren die Wiener Stadtwerke bemüht, ihre Konsumenten an den positiven Auswirkungen der sinkenden Rohstoffpreise teilhaben zu lassen. So wurde der Gaspreis in drei Etappen um insgesamt 23,7 Prozent und ab Mai 1987 um weitere fünf Prozent gesenkt, und auch der Wiener Strompreis konnte trotz einer Erhöhung des Verbundtarifes um 6,9 Prozent per 1. April 1986 im Februar des laufenden Jahres um sechs Groschen pro Kilowattstunde herabgesetzt werden. Die im Berichtsjahr liegenden Gastarifreduktionen hatten natürlich negative Effekte auf das Jahresergebnis. Die Gaswerke nahmen dadurch rund 550 Millionen Schilling weniger ein.

### **Halbe Milliarde für Umweltschutz**

Weiters drücken natürlich die mit großem finanziellen Aufwand verbundenen Bemühungen der E-Werke um den Umweltschutz auf das Jahresergebnis. 1986 wurden rund 500 Millionen Schilling für Umweltschutzmaßnahmen ausgegeben.

Die Anstrengungen der letzten Jahre haben aber bereits wesentliche Erfolge gebracht: Der Schwefeldioxidausstoß wird 1987 nur noch 15 Prozent des Wertes von 1980 betragen. Die Emissionen von Stickoxiden konnten seit 1984 um rund 38 Prozent gesenkt werden. Während bei den SO<sub>2</sub>-Emissionen bereits eine gewisse Grenze erreicht wurde, die erst bei der Inbetriebnahme des neuen Blockes 3/4 in Simmering wieder kräftig unterschritten wird, wird bei den Stickoxiden intensiv weitergearbeitet, sodaß kurzfristig mit weiteren deutlichen Reduktionen des Stickoxidausstoßes zu rechnen ist.

### **Eigenkapital um drei Prozent erhöht**

Die wirtschaftliche Situation der Wiener Stadtwerke war im Berichtsjahr natürlich auch durch die Entlastungsmaßnahmen der Stadt Wien bei den Verkehrsbetrieben geprägt, die in Summe rund 3,4 Milliarden Schilling betragen und auch einen wesentlichen Anteil an der Verbesserung der Kapitalstruktur der Wiener Stadtwerke als Gesamtunternehmung besitzen: Hauptsächlich durch diese Maßnahmen gelang es im Berichtsjahr, den Eigenkapital-Anteil am Gesamtkapital um drei Prozent auf 13,7 Milliarden Schilling oder 37,4 Prozent zu steigern.

Ohne den erfolgsverbessernden Betriebskostenzuschuß der Hoheitsverwaltung an die Verkehrsbetriebe und ohne erfolgsverschlechternde Rücklagendotierungen hätte sich für die Wiener Stadtwerke im Berichtsjahr ein Verlust von 870,7 Millionen Schilling (1985: 666,7 Millionen Schilling) ergeben.

Im Zusammenwirken der dargestellten Fakten ergab sich für die Wiener Stadtwerke 1986 eine günstige liquiditätsmäßige Situation, die es erlaubte, die ursprünglich mit 2.135 Millionen Schilling geplante Aufnahme von Fremdkapital auf 1.250 Millionen Schilling zu beschränken.

### **Wiener Stadtwerke als Wirtschaftsfaktor**

Die Wiener Stadtwerke haben im Jahr 1986 Investitionen in der Höhe von rund 2,8 Milliarden Schilling getätigt, die zum Großteil auf österreichische Firmen entfielen. Von diesen Investitionen gingen wichtige Impulse für die Wiener und für die österreichische Wirtschaft, vor allem in Hinblick auf die Erhaltung von Arbeitsplätzen aus. Dazu konnte die Sicherheit bei der Versorgung mit leitungsgebundener Energie weiter erhöht werden. Der öffentliche Nahverkehr wird weiter ausgebaut. Auch diese Investitionen bewirken nicht zuletzt wesentliche Verbesserungen für die Wiener Umwelt.

Die Wiener E-Werke investierten 1986 rund 1,8 Milliarden Schilling, vor allem in Umweltschutzeinrichtungen in den Kraftwerken, aber auch in den Ausbau der Leitungsnetze und der Umspannwerke.

Der Investitionsaufwand der Gaswerke betrug 1986 rund 335 Millionen Schilling. Der Großteil davon wurde für Erweiterungen und Erneuerungen im Straßenrohrnetz aufgewendet. Zusätzlich zu den Investitionen wurden für die Erhaltung des Rohrnetzes rund 291 Millionen Schilling ausgegeben.

Bei den Wiener Verkehrsbetrieben wurden 1986 insgesamt 825,6 Millionen Schilling investiert. Als Schwerpunkt sind zu nennen: die Gleiserneuerung bei der Straßenbahn mit 147,4 Millionen Schilling, der Ersatz von Autobussen (68,7 Millionen Schilling) und Straßenbahnen (219,5 Millionen Schilling) sowie Beschleunigungsmaßnahmen mit 79,4 Millionen Schilling.

### **Leistungsbilanz**

Die WIENER E-WERKE verzeichneten 1986 einen Zuwachs der bereitgestellten Strommenge um 2,4 Prozent auf 7.090,7 Gigawattstunden. Die Leistungsspitze des Jahres wurde am 10. Februar 1986 mit 1.312 Megawatt erreicht (1985: 1.360 Megawatt).

Vom gesamten Strombedarf wurden 49,01 Prozent in eigenen Kraftwerken erzeugt, worin auch die Strommenge aus der 12,5 Prozent-Beteiligung der Wiener E-Werke am Donaukraftwerk Greifenstein enthalten sind, 50,99 Prozent entfielen auf den Fremdstrombezug. Der relativ hohe Fremdstrombezug ist auf Sonderangebote der Verbundgesellschaft für überschüssige hydraulisch aufgebraachte Energie zurückzuführen, die außerhalb des bestehenden Energielieferungsvertrages ausgenutzt wurden.

Mit Hilfe der Kraft-Wärme-Kupplung wurden im Kraftwerk Simmering 988 Gigawattstunden Fernwärme erzeugt und an die Heizbetriebe Wien abgegeben. Diese Abgabe bedeutet — volkswirtschaftlich gesehen — eine Verringerung des Brennstoffbedarfes um rund 50.000 Tonnen Heizöl gegenüber einer gleich großen Wärmeerzeugung in Heizwerken beziehungsweise von rund 74.000 Tonnen Heizöl gegenüber Hauszentralheizungen. Fernwärme statt 74.000 Tonnen Heizöl bedeutet gleichzeitig eine Reduktion um mehr als 2.000 Tonnen an SO<sub>2</sub>-Emissionen.

Der bereits erwähnte Preisverfall auf dem Rohenergiesektor ermöglichte es den E-Werken im Berichtsjahr, sowohl die stark ansteigenden Ausgaben für die Umweltschutzmaßnahmen als auch eine im April erfolgte

Forts. von Blatt 1076

Forts. auf Blatt 1078

Forts. von Blatt 1077

Anhebung des Verbundstromtarifes um 6,9 Prozent ohne eigene Maßnahmen auf dem Tarifsektor zu verkräften. Es war in weiterer Folge (ab Februar 1987) sogar möglich, den Stromtarif um durchschnittlich sechs Groschen pro Kilowattstunde zu senken.

Die E-Werke weisen einen Nettogewinn von 23,4 Millionen Schilling (1985: 166,5) aus. Ein wesentlicher Grund für diese Erfolgsverschlechterung gegenüber dem Vorjahr ist die bereits erwähnte Abwertung der Brennstoffvorräte per Ende 1986 um rund 329 Millionen Schilling.

Die Gasabgabe an Tarifabnehmer durch die WIENER GASWERKE erreichte im Jahr 1986 683,9 Millionen Kubikmeter und lag damit um 2,3 Prozent unter dem Vorjahreswert. Dieser Absatzrückgang ist durch die extreme Kälte im Jänner 1985 bedingt.

Die Erdgasvorräte der Wiener Stadtwerke in den Untertagespeichern betrug Ende 1986 620 Millionen Kubikmeter.

Im Sinne der Diversifizierungsbestrebungen bezüglich der Erdgasimporte hat sich im Berichtsjahr ein sehr interessantes Projekt konkretisiert. Es handelt sich dabei um das riesige „Troll“-Erdgasfeld in der Nordsee vor der norwegischen Küste, ungefähr in der geografischen Breite der Hafenstadt Bergen. Nach längeren Verhandlungen konnte die AFG und ÖMV einerseits und ein norwegisches Verkäuferkonsortium andererseits am 17. November 1986 einen diesbezüglichen Gasbezugsvertrag für Österreich abschließen. Die Lieferungen beginnen ab 1993 und werden die Plateaumenge von einer Milliarde Kubikmeter pro Jahr im Jahr 2002 erreichen. Die Gaswerke werden sich davon eine Jahresmenge von 180 Millionen Kubikmeter im Rahmen der noch abzuschließenden Bezugsverträge mit AFG und ÖMV sichern.

1986 wurden 22.284 Heizgasanträge, um 8,4 Prozent mehr als im Jahr zuvor, genehmigt.

Im Rohrnetz der Gaswerke wurden im Berichtsjahr 101 Kilometer ausgetauscht, 43 Kilometer neu verlegt und 20 Kilometer außer Betrieb genommen. Die Gesamtlänge des Hauptrohrnetzes betrug Ende 1986 2.971 Kilometer gegenüber 2.948 Kilometer Ende 1985.

Da die Erdgaslieferverträge mit der UdSSR Wertsicherungsklauseln mit den Preisen für Heizöl als Hauptbestandteil enthalten, waren die Gaswerke infolge des Sinkens der Heizölpreise im Jahr 1986 unter Beachtung der vertraglichen Nachlaufzeiten (bis zu sechs Monate) in der Lage, mehrere Tarifsenkungen zu beantragen. Dementsprechend hat der Wiener Gemeinderat den Gastarif im Berichtsjahr in drei Etappen um 23,7 Prozent gesenkt. Am 1. Mai 1987 erfolgte eine neuerliche Tarifsenkung um fünf Prozent, sodaß die Erdgasverbilligung seit dem 1. Jänner 1986 insgesamt schon 27,5 Prozent erreicht hat.

Die Gaswerke weisen einen Nettojahresverlust von 147,6 Millionen Schilling aus (1985 gab es einen Verlust von 10,9 Millionen Schilling). Hauptgrund für dieses negative Ergebnis ist die erwähnte Abwertung der Erdgasvorräte per Jahresende um rund 663 Millionen Schilling. Auch die drei Gastarifsenkungen des Berichtsjahres hatten natürlich einen negativen Einfluß auf das Jahresergebnis.

Die Fahrgastfrequenz der WIENER VERKEHRSBETRIEBE wies auch 1986 eine positive Entwicklung auf, wobei vor allem der Trend vom Einzelfahrschein weg zu den längerfristigen Zeitkarten zu verzeichnen ist. Hervorzuheben ist das gute Verkaufsergebnis bei der Jahresnetzkarte sowie bei der neu eingeführten 8-Tage-Umweltstreifenkarte. Im Berichtsjahr gab es 596,2 Millionen Beförderungsfälle, das entspricht einer Zunahme von 8,2 Millionen Beförderungsfällen beziehungsweise von rund 1,4 Prozent. Die Beförderungserlöse betragen rund 2,7 Milliarden Schilling, das sind

Forts. auf Blatt 1079

um rund 240 Millionen Schilling oder 9,6 Prozent mehr als 1985. Der Durchschnittserlös betrug pro Beförderungsfall rund 4,59 Schilling, was eine Steigerung um 8,1 Prozent bedeutet.

Ursache hierfür ist die per Jahresbeginn 1986 vorgenommene Tarifierhöhung, die auch mit wesentlichen Verbesserungen für die Fahrgäste (8-Tage-Umwelt-Streifenkarte, Ausweitung der Halbpreskarten, Vorverlegung der Fahrtberechtigung für Benutzer von Nachmittags-Bildungskarten) verbunden war.

Die vom Wiener Gemeinderat am 19. November 1979 beschlossene Entlastung der Verkehrsbetriebe hat folgende Auswirkungen: Die Wiener Stadtwerke übernahmen wieder die Tilgung der Schulden der Verkehrsbetriebe aus der Zeit vor der Entlastung im Betrag von 715,5 Millionen Schilling. Sämtliche andere, durch die Beförderungserlöse nicht gedeckten Belastungen, wurden von der Hoheitsverwaltung übernommen. Dabei handelt es sich um einen Betrag von 1.961,5 Millionen Schilling, der sich aus einem Betriebskostenzuschuß in der Höhe von 1.177,7 Millionen Schilling und aus einer Kapitaleinlage zur Abdeckung der Investitionsausgaben in der Höhe von 783,8 Millionen Schilling zusammensetzte. Insgesamt betrug der Verlust der Verkehrsbetriebe im Jahr 1986 268,4 Millionen Schilling.

Die STÄDTISCHE BESTATTUNG führte 1986 19.310 Erd- und Feuerbestattungen durch, das sind um 983 Fälle weniger als im Vorjahr. Die Zahl der gesamten Aufträge verringerte sich gegenüber dem Jahr 1985 um 3,6 Prozent. Ein Vergleich mit dem Jahr 1976 zeigt aber, daß innerhalb von zehn Jahren eine Abnahme der Aufträge um 13,8 Prozent festzustellen ist. Vor allem die Erdbestattungen gingen stark, nämlich um 18,6 Prozent, zurück.

In der Sargfabrik wurden im Jahr 1986 41.839 Säрге erzeugt, das sind um 5.903 weniger als im Vorjahr. Die Städtische Bestattung weist für das Jahr 1986 lediglich einen Gewinn von 300.000 Schilling aus. (Schluß) roh/rr

Forts. von Blatt 1078

## **Rechnungsabschluß 1986: Investitionen plus 19 Prozent**

Wien, 21.5. (RK-KOMMUNAL) Ein Steigen der Investitionen gegenüber dem Rechnungsabschluß 1985 um rund 19 Prozent, die Erhöhung der Rücklagen um 1,9 Milliarden auf 6,6 Milliarden Schilling und ein seit fünf Jahren mit etwas mehr als 40 Milliarden Schilling stabiler Schuldenstand — das kennzeichnet den Wiener Rechnungsabschluß 1986, über den Vizebürgermeister Hans MAYR Donnerstag in einem Pressegespräch informierte.

Insgesamt schließt der Rechnungsabschluß 1986 der Bundeshauptstadt Wien mit Einnahmen von 76,3 Milliarden Schilling und Ausgaben von 82,0 Milliarden Schilling ab. Die Einnahmen erhöhten sich gegenüber dem Voranschlag um 3,9 Milliarden Schilling, die Ausgaben stiegen um 3,4 Milliarden Schilling.

### **Abgang: 5,7 Milliarden Schilling**

Der im Budget vorgesehene Abgang von 6,2 Milliarden Schilling verringerte sich um 0,5 Milliarden Schilling auf 5,7 Milliarden Schilling. Gegenüber den Rechnungsabschlüssen der Vorjahre (z. B. Abgang 1985 2,9 Milliarden Schilling) kam es diesmal zu einem relativ hohen Abgang.

Der höhere Abgang hat vor allem drei Ursachen:

- Ursache Nummer eins sind die höheren Investitionen. Gegenüber dem Rechnungsabschluß 1985 erhöhten sich die Investitionen von 9,1 Milliarden Schilling um 1,7 Milliarden Schilling auf 10,8 Milliarden Schilling.
- Ursache Nummer zwei sind die höheren Rücklagen. Die Rücklagen der Stadt Wien stiegen von 4,7 Milliarden Schilling zu Beginn des Jahres 1986 um 1,9 Milliarden Schilling auf 6,6 Milliarden Schilling zu Ende des Jahres 1986 an.
- Ursache Nummer drei ist, daß im Jahr 1986 Vorträge der Abgänge aus den Jahren 1984 und 1985 von insgesamt 2,7 Milliarden Schilling bewältigt werden mußten. Diese 2,7 Milliarden Schilling setzen sich aus 1,7 Milliarden Schilling aus dem Jahr 1984 und aus einer Milliarde Schilling aus dem Jahr 1985 zusammen. Während sich die 1,7 Milliarden Schilling aus 1984 budgettechnisch als „neutral“ herausstellen — ein gleich hoher Betrag des Abgangs 1986 wird auf 1988 vorgeschrieben — ist die Bewältigung der einen Milliarde Schilling aus dem Jahre 1985 eine echte zusätzliche Belastung, die im Jahr 1986 anfiel.

Der Abgang von 5,7 Milliarden Schilling wurde durch Aufnahme von Fremdmitteln in der Höhe von 4 Milliarden Schilling und durch Vorschreibung der restlichen 1,7 Milliarden Schilling auf das Jahr 1988 finanziert.

### **Schuldenstand: Seit fünf Jahren recht stabil**

Der Gesamtschuldenstand der Stdt Wien blieb in den letzten fünf Jahren — von 1982 bis 1986 — recht stabil: Rund 40 Milliarden Schilling machten und machen die Verbindlichkeiten der Wiener Stadtwerke, der Hoheitsverwaltung und die Verbindlichkeiten für den Wohnhausbau sowie beim Wasserwirtschaftsfonds aus. Ende 1986 betrug der Wiener Schuldenstand 40,7 Milliarden Schilling.

### **Mehreinnahmen wegen vorsichtiger Budgetpolitik**

Die Einnahmen entwickelten sich 1986 günstiger als im Voranschlag ausgewiesen. Die höheren Einnahmen gehen nicht auf Steuer- und Tarifierhöhungen zurück — die Ursachen sind vor allem in einer vorsichtigen Voranschlagspolitik und in einer relativ guten Wirtschaftsentwicklung zu suchen. So ergeben sich z.B. gegenüber dem Voranschlag Mehreinnah-

men bei den Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben mit 1.434 Millionen Schilling, bei den eigenen Steuern und Abgaben mit 714 Millionen Schilling, bei den Leistungserlösen mit 356 Millionen Schilling, bei den Beiträgen zum Schuldendienst durch die vorzeitige Rückzahlung von Fremdmitteln durch die Wiener Stadtwerke mit 1.037 Millionen Schilling und bei den Beiträgen des Bundes für den Hochwasserschutz mit 400 Millionen Schilling.

### **Strenger Budgetvollzug bei den Ausgaben**

Das Jahr 1986 war von einem sehr strengen Budgetvollzug gekennzeichnet. Die Mehrausgaben von in Summe 3,4 Milliarden Schilling ergaben sich weder auf dem Gebiet des Personals und der Pensionen, ebenso nicht beim Instandhaltungsaufwand, bei der Wohnbauförderung oder bei den Investitionen: In all diesen Bereichen wurden die im Voranschlag enthaltenen Ausgaben nicht oder nur geringfügig überschritten.

Zu Überschreitungen der vorgesehenen Ausgaben kam es beim eigenen Schuldendienst (durch vorzeitige Schuldentilgungen der Hoheitsverwaltung), beim Schuldendienst für Dritte (durch vorzeitige Rückzahlungen der Wiener Stadtwerke) und bei den sonstigen Ausgaben. Die wesentlichsten Erhöhungen bei den sonstigen Ausgaben ergaben sich durch die Aufstockung der Rücklagen der Stadt Wien und durch die Bewältigung des Vortrags aus dem Jahr 1985.

Von den Minderausgaben fallen vor allem jene bei den Investitionen von 603 Millionen Schilling ins Gewicht. Es wurde bereits erwähnt, daß die Investitionen im Jahre 1986 gegenüber 1985 um 1,7 Milliarden Schilling auf 10,8 Milliarden Schilling stiegen, der im Voranschlag ausgewiesene Betrag von 11,4 Milliarden Schilling wurde jedoch nicht erreicht. Geringere Investitionsausgaben als vorgesehen gab es beim kommunalen Wohnbau mit 306 Millionen Schilling und beim U-Bahn-Bau mit 311 Millionen Schilling.

### **Die Entwicklung der Rücklagen**

Die Rücklagen der Stadt Wien nahmen im Laufe des Jahres 1986 um fast 2 Milliarden Schilling zu — sie erhöhten sich von 4.665 Millionen Schilling auf 6.604 Millionen Schilling. Ende 1986 gab es folgende, über 100 Millionen betragende Rücklagen der Stadt Wien: Wohnbauförderung 1.611 Millionen Schilling, Wohnungsverbesserung und Wohnhaussanierung 1.428 Millionen Schilling, Neubau AKH 275 Millionen Schilling, U-Bahn-Bau 700 Millionen Schilling, Wirtschaftsförderung 353 Millionen Schilling, Parkometerabgabe 207 Millionen Schilling, Städtische Wohnhäuser 552 Millionen Schilling, DoKW-Pauschalabgeltung 415 Millionen Schilling, Tilgungsaufwand für endfällige Anleihen 800 Millionen Schilling. (Forts. mgl.) sei/bs

Forts. von Blatt 1080

### **300. Kindertagesheim der Stadt Wien eröffnet**

Wien, 21.5. (RK-KOMMUNAL) Das 300. Kindertagesheim der Stadt Wien, in Favoriten, Kempelengasse 5, eröffnete Donnerstag Bürgermeister Dr. Helmut ZILK in Anwesenheit von Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION, Familienstadtrat Ingrid SMEJKAL, Bezirksvorsteher Leopold PRUCHA sowie zahlreicher Ehrengäste. Zilk unterstrich die soziale Bedeutung des Kindergartens, und verwies auf das umfangreiche Angebot an Einrichtungen der Stadt Wien für alle Altersgruppen.

Familienstadtrat Ingrid Smjkal dankte den Mitarbeitern der Wiener Kindertagesheime und betonte die qualitativ hochstehende pädagogische Arbeit, die geleistet wird.

Das Kindertagesheim in der Kempelengasse 5 wurde in die Planung für die Wohnhausanlage miteinbezogen und bietet vier Gruppen Platz. (Schluß)  
jel/rr

## **497 Millionen Schilling für neuen Gemeindebau beschlossen**

Wien, 21.5. (RK-KOMMUNAL) Ein Sachkredit in der Höhe von 496,8 Millionen Schilling zur Errichtung einer städtischen Wohnhausanlage auf den Wienerberggründen (2. Bauteil — Ost) im 10. Bezirk genehmigte am Donnerstag der Gemeinderatsausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung. Der Entwurf der Anlage stammt von den Architekten Hinterhölzl, Lamprecht-Muchar, Prehler, Hübschmann, Lisner und Krisch.

Ferner beschloß der Gemeinderatsausschuß die Erneuerung und den Tausch von Fenstern in der städtischen Wohnhausanlage 12, Zanaschkagasse 12 (Schöpfwerk). Auf den Stiegen 15 bis 56 werden auf Wunsch der Mieter Holzfenster eingebaut. Die Kosten von 33,5 Millionen Schilling übernimmt die Stadt.

Schließlich berichtete Stadtrat Edlinger über Wärmedämmmaßnahmen an städtischen Wohnhäusern und erklärte, daß diesen Überlegungen große Bedeutung zugemessen werde. Entscheidend für die Durchführung von Wärmeschutzmaßnahmen an Fassaden, Fenstern oder obersten Geschosdecke seien aber neben den technischen Voraussetzungen die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme sowie das Einverständnis der betroffenen Bewohner. (Schluß) ah/bs

## **Familienfreundlichere Regelung beim Eigenmittlersatzdarlehen**

Wien, 21.5. (RK-KOMMUNAL) Die Einkommensobergrenzen für die Inanspruchnahme von Eigenmittlersatzdarlehen sollen hinaufgesetzt werden. Der Wohnbauförderungsbeirat des Landes Wien beschloß am Mittwoch, die Gewährung von Darlehen für die Wohnraumbeschaffung (Eigenmittlersatzdarlehen) familienfreundlicher zu gestalten. Eine entsprechende Neuformulierung der Verordnung soll durch die Wiener Landesregierung erfolgen.

Eigenmittlersatzdarlehen werden gewährt, wenn Größe und Einkommen der Familie und die daraus angemessene Wohnungsgröße das zumutbare Kostenausmaß übersteigen. Die Obergrenzen des Familienjahreseinkommens, bis zu denen Anspruch auf ein Eigenmittlersatzdarlehen besteht, sollen wie folgt festgelegt werden.

- Einzelpersonen 100.000 Schilling (bisher 100.000 Schilling)
- zwei Personen 128.000 Schilling (bisher 128.000 Schilling)
- drei Personen 156.000 Schilling (bisher 142.000 Schilling)
- vier und mehr Personen 184.000 Schilling (bisher 156.000 Schilling).

Zudem werden Jungfamilien — also Familien, in denen niemand zum Zeitpunkt der Antragstellung älter als 35 Jahre ist — besonders unterstützt. Bisher galt unabhängig von der Familiengröße eine Jahreseinkommensgrenze von 225.000 Schilling. Jetzt sollen die Einkommensgrenzen nach der Familiengröße gestaffelt werden:

Zwei Personen 225.000 Schilling, drei Personen 253.000 Schilling, vier Personen 281.000 Schilling, fünf und mehr Personen 309.000 Schilling.  
(Schluß) ah/rr

## **Sitzungen des Landtages und des Gemeinderates**

Wien, 21.5. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Landtag und der Wiener Gemeinderat treten am Freitag zu Geschäftssitzungen zusammen, die jeweils mit einer Fragestunde eingeleitet werden. Die Sitzung des Landtages beginnt um 9 Uhr.

Auf der Tagesordnung des Landtages stehen eine Vereinbarung der Bundesländer über die Festlegung der Immissionsgrenzwerte für Luftschadstoffe und über Maßnahmen zur Verringerung der Belastung der Umwelt. Weiters befaßt sich der Landtag mit einer Novelle der Wiener Bauordnung, die durch einen Einspruch des Verfassungsgerichtshofes notwendig geworden ist.

Wie SPÖ-Klubobmann Dr. SWOBODA in einer Pressekonferenz bekanntgab, wird die SPÖ einen Antrag zur Änderung des § 85 Abs. 5 der Bauordnung einbringen. Weiters wird die SPÖ einen Initiativantrag zur Änderung der Wiener Stadtverfassung einbringen, der im wesentlichen eine Aufstockung der Zahl der Bezirksräte sowie die Mitwirkung der Bezirksbevölkerung im Zusammenhang mit der vorgesehenen Dezentralisierung beinhaltet. Dieser Antrag soll laut Klubobmann Dr. Swoboda bereits in der Landtagssitzung im Juni beschlossen werden. Weiters bringt die SPÖ einen Antrag zur Mitbestimmung im Wohnbereich ein und tritt damit für eine entsprechende Änderung des Mietrechtsgesetzes ein.

### **Gemeinderat**

Im Anschluß an die Fragestunde werden Stadtrat HATZL eine Mitteilung über die Situation der Müllverbrennung aufgrund des Brandes in der MVA-Spittelau sowie Stadtrat BRAUN über die damit verbundenen Müllprobleme machen.

Dem Gemeinderat liegen insgesamt 92 Geschäftsstücke zur Beratung vor. Darunter befinden sich Sport- und Kultursubventionen, die Bewilligung zum nachträglichen Einbau von Aufzügen in städtischen Wohnhausanlagen, die Sanierung von Gemeindebauten und der Neubau städtischer Wohnbauten. Weiters befaßt sich der Gemeinderat mit der Verordnung zur Feststellung der Haupt- und Nebenstraßen, die im Zug der geplanten Dezentralisierung notwendig geworden ist.

### **Schwerpunkt Müllproblematik**

Wie die Klubobmänner der beiden anderen Parteien, Dr. GOLLER (ÖVP) und Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ bestätigten, werden sich die beiden Fraktionen sowohl in der Landtags- wie auch in der Gemeinderatssitzung mit den Schwerpunkten Müllproblematik und Abfallentsorgung befassen. Die ÖVP wird dazu einige Anträge und Anfragen einbringen. (Schluß) fk/rr

## **Neuer Vorstand der Radiologie im Floridsdorfer Krankenhaus**

### **Stacher: Keine Rede von Umwandlung oder Auflassung des Floridsdorfer Krankenhauses**

Wien, 21.5. (RK-KOMMUNAL) Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER führte am Donnerstag Dr. Gernot SOMMER als neuen Vorstand des Röntgeninstitutes im Floridsdorfer Krankenhaus in sein Amt ein. Sommer folgt Primarius Dr. Walter DOSSI, der in den Ruhestand getreten ist. Anlässlich der Amtseinführung trat Stacher energisch Gerüchten entgegen, daß das Floridsdorfer Krankenhaus in ein Pflegeheim umgewandelt werden soll. Das komme nicht in Frage und sei auch nie diskutiert worden, sagte Stacher.

Die schwierige Situation, die derzeit durch die Notbetten besteht, betonte Stacher, werde erst gelöst werden können, sobald das Krankenhaus im Sozialmedizinischen Zentrum-Ost fertig ist. Stacher verband damit seinen Dank an das Personal für dessen Engagement und Einsatzbereitschaft.

Dr. Gernot Sommer, geboren 1946 in Linz, war bisher Oberarzt an der Röntgenstation der I. Medizinischen Universitätsklinik und hat im Rahmen seiner medizinischen Tätigkeit auch drei Jahre in Schweden verbracht. Er hat eine Vielzahl wissenschaftlicher Publikationen und Kurzfassungen herausgebracht und zahlreiche wissenschaftliche Referate und Vorträge gehalten. Von der Ersten Österreichischen Sparkasse erhielt er einen medizinischen Förderungspreis.

Primarius Dr. Walter Dossi hatte seine Tätigkeit im Jahre 1967 im Krankenhaus Floridsdorf begonnen und war seit 1974 Vorstand des Röntgeninstituts. Er hat sich große Verdienste um den Ausbau dieses Instituts erworben. (Schluß) and/rr